



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 08. DEZEMBER 2022

GESCH.-NR. 2022-1291

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

16 **GEMEINDEORGANISATION**
16.04 **Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)**
16.04.24 **Schriftliche Anfrage**

BETRIFFT

Postulat Annina Annaheim SP, und Mitunterzeichnende betreffend Erstellung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften/Flächen mit Partizipation von Einwohnenden an der Stromproduktion / Substantielles Protokoll

[...]

7. Geschäft-Nr. 2022/006
Postulat Annina Annaheim SP, und Mitunterzeichnende betreffend Erstellung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften/Flächen mit Partizipation von Einwohnenden an der Stromproduktion - Begründung / Überweisung

VORSTOSS

Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 6. Oktober 2022 nachfolgendes Postulat bei der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes ein (STAPA-Geschäft-Nr. 2022/006):

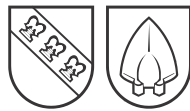
ANTRAG

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, in welcher Weise die Stadt auf eigenen Liegenschaften und Flächen Photovoltaik-Anlagen errichten und die Einwohner:innen von Illnau-Effretikon an der resultierenden Stromproduktion teilhaben lassen kann.

BEGRÜNDUNG

Während Eigenheimbesitzer:innen auf ihren Dächern nach Belieben Photovoltaikanlagen bauen können, sind die Mieter:innen vom Goodwill ihres Vermieters abhängig. Gleichzeitig zeigt die aktuelle Stromkrise, dass viele Mietende höhere Kosten fürchten und gerne einen aktiven Beitrag zu deren Minderung machen möchten. Des Weiteren sind viele Mietende generell an Photovoltaik und erneuerbaren Energien interessiert und möchten Ressourcen schonen, können aber selbst nicht aktiv werden.

Lindau hat mit Solarlindau eine solche Beteiligung der Einwohnenden bereits realisiert. Mit dem Erwerb der Beteiligung erhalten sie das Recht für den anteilmässigen Bezug von Solarstrom aus der entsprechenden PV-Anlage über die nächsten 20 Jahre. Jeder Quadratmeter entspricht einem fixen Bezug von 100kWh Solarstrom pro Jahr und kostet 250.-. Dies entspricht einem Preis von 12.5 Rp/kWh.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 08. DEZEMBER 2022

GESCH.-NR. 2022-1291

BESCHLUSS-NR.

Wir möchten, dass der Stadtrat prüft, ob eine ähnliche Beteiligung mit dem EZK erarbeitet werden kann. Fläche gibt es in der Stadt genug. Nebst städtischen Liegenschaften können auch Parkplätze mit PV-Anlagen überbaut werden und so gleich noch Schatten spenden.

Die Stadt übernimmt eine Art Vermittlerrolle. Sie baut die Anlage, die wiederum von den Einwohnenden mittels Beteiligungsscheinen finanziert wird. Die genauen Modalitäten betreffend Rückvergütung müssen mit dem EKZ ausgearbeitet werden. Beispielsweise kann die Stromproduktion den Einwohnenden direkt vom EKZ auf der Stromrechnung anteilmässig gut geschrieben oder über die Stadt rückvergütet werden.

Energie ist für unseren Alltag substantiell und einheimisch produzierte Energie leistet einen essentiellen Beitrag zur Energiewende. Unsere Stadt sollte nichts unversucht lassen, hier zu Vorreitern zu gehören. Lindau zeigt, dass solche Projekte auf grosses Interesse stossen. Die 540 Panels waren innerhalb von wenigen Tagen verkauft.

URHEBER: Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes

MITUNTERZEICHNENDE:
Stefan Hafen, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Leonie Antweiler, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Regula Hess, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Dominik Mühlebach, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Markus Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes
Urs Gut, Grüne, Mitglied des Stadtparlamentes
Daniel Kachel, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes
Kajsa Bornhauser, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes
Beat Bornhauser, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes
Ralf Antweiler, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes
Arie Bruinink, Grüne, Mitglied des Stadtparlamentes

EINGANG GESCHÄFTSLEITUNG: 06.10.2022

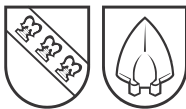
FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 41 ff der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes GeschO STAPA gestellt werden, einzuhalten vermag.

PLENARDEBATTE

ANNINA ANNAHEIM, SP
POSTULANT/VORSTOSS-URHEBERIN

Annina Annaheim, SP, begründet – auch namens der Mitunterzeichnenden – im Sinne von Art. 42 Abs. 2 GeschO STAPA den eingereichten Vorstoss, wobei die Urheberin ihr Referat mehrheitlich auf Basis des zu Grunde liegenden Postulatstextes aufbaut. Neue bzw. weitere Fakten, die aus dem Text des Vorstosses nicht hervorgehen, ergeben sich keine. Urs Gut untermalt seine Erläuterungen mit einer visuellen Projektion Präsentation (die Präsentationsunterlage findet sich im Anhang zu diesem Protokoll).



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 08. DEZEMBER 2022

GESCH.-NR. 2022-1291

BESCHLUSS-NR.

Der Parlamentspräsident bittet den Stadtrat in Anwendung von Art. 42 Abs. 3 GeschO STAPA bekanntzugeben, über er gedenke, den Vorstoss entgegenzunehmen.

ERKLÄRUNG DES STADTRATES

STADTRÄTIN ROSMARIE QUADRANTI, MITTE
RESSORT HOCHBAU

Stadträtin Rosmarie Quadranti, Mitte, gibt bekannt, wonach der Stadtrat dem Ansinnen grundsätzlich wohlwollend gegenüberstehe, er aber dennoch keine Bereitschaft signalisiere, den Vorstoss zur Entgegennahme zu empfehlen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen ermöglichen die Generierung bzw. den Bezug von Quartier-Strom unter den aktuellen Gegebenheiten nicht. Das hätten bereits Abklärungen gezeigt, die im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation David Zimmermann, EVP, und Mitunterzeichnenden, betreffend Konzept Quartierstrom für Illnau-Effretikon, vgl. STAPA-Geschäft-Nr. 2020/077, angestrengt wurden.

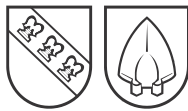
Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ führen derzeit mit der Gemeinde Winkel einen Versuchsbetrieb. Erkenntnisse daraus sind aktuell noch nicht bekannt. Weitere Schritte könnten erst erfolgen, wenn voraussichtlich im Jahr 2026 die gesetzlichen Grundlagen in diese Stossrichtung zielend revidiert werden.

Wohl bekannt dürfte sein, dass ein allfälliger Bezug mit dem Erwerb von Zertifikaten einhergehen wird, da die physischen Strom-Übertragungsleitungen fehlen.

Der Strommarkt werde sich in den kommenden Jahren rasant entwickeln und sich stark liberalisieren, was das Bedürfnis nach Quartierstrom verschwinden lassen werde. Sollten die EKZ als Monopolist ihre Macht dereinst verlieren, liesse sich relativ einfach Strom produzieren und auch verkaufen.

Der Stadtrat bittet darum, von der Überweisung des Postulates abzusehen.

Parlamentspräsident Maxim Morskoi, SP, fragt das Parlament an, ob Bedarf zur Eröffnung einer Diskussion besteht, was durch einzelne Mitglieder angezeigt wird. Die Diskussion kann in Anwendung von Art. 42 Abs. 4 GeschO STAPA nach erfolgtem Beschluss eröffnet werden. Das Stadtparlament gibt einem solchen Antrag mit grossem Mehr statt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 08. DEZEMBER 2022

GESCH.-NR. 2022-1291

BESCHLUSS-NR.

ALLGEMEINE DEBATTE

HANSJÖRG GERMANN, FDP

Hansjörg Germann, FDP, plädiert für die angeschlossene Fraktion, dem Postulat nicht zur Überweisung verhelfen zu wollen.

Das Thema rund um den Quartierstrom sei hinlänglich parlamentarisch abgehandelt worden; dabei habe man die Erkenntnis erlangt, dass dazu auf kommunaler Ebene wenig bis nichts bewegt werden könne.

Auch Hansjörg Germann detektiert Potenzial, die Monopolstellung der EKZ zu brechen und steht für eine Lösung, die der Markt selber regeln wird, ein. Es bedürfe dazu keines staatlichen Eingriffes. Die liberalisierte Situation werde Anreize schaffen, selber Photovoltaikanlagen zu erstellen und den produzierten Strom zu handeln.

SIMON BINDER, SVP

Auch *Simon Binder, SVP*, hat sich privat mit den EKZ und deren vordiktieren Preispolitik auseinandersetzen müssen.

Die Stadt Illnau-Effretikon könne dazu beitragen, den administrativen Aufwand bei der Baueingabe von Photovoltaik-Anlagen so gering wie möglich zu halten und solche Vorrichtungen auch auf Dächern zuzulassen, die durch den Denkmalschutz belastet würden.

Der Staat habe sich nicht Angelegenheiten einzumischen, die durch Private organisiert und abgehandelt werden können. Er habe lediglich die Grundlagen und Rahmenbedingungen für diesen Markt zu schaffen. Der Staat möge sich in Zurückhaltung üben, Projekte zu lancieren und Investitionen aus öffentlichen Geldern zu finanzieren, um Gewinn zu erwirtschaften, die er dann nicht allen weitergibt, sondern nur jenen, die zum richtigen Zeitpunkt das Portemonnaie zücken würden.

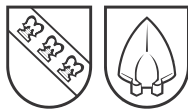
Simon Binder erachtet das Gebaren der EKZ als unfair. In diesem Sinne empfiehlt er seinen Parlamentskolleginnen und -kollegen, der Empfehlung des Stadtrates zu folgen und das Postulat nicht zu überweisen.

RALF ANTWEILER, GLP

Ralf Antweiler, GLP, wiederholt, was hinlänglich bekannt sei. In Lindau sei aufgrund der Tatsache des eigenen Elektrizitätswerkes die Umsetzung des Annaheim'schen Ansinnens bereits möglich; da die Stadt Illnau-Effretikon ihr eigenes Elektrizitätswerk in den 1990er-Jahren aufgegeben und den EKZ verkauft habe, stünde sie seither unter deren Diktat.

Der Stadt bleibe nichts Anderes übrig, als auf den Dachflächen ihrer eigenen Immobilien Solaranlagen zu erstellen und Einwohnerinnen und Einwohner mit Förderprogrammen anzuhalten, es ihr gleich zu tun.

Die GLP-Fraktion werde die Überweisung des Postulates dennoch unterstützen, da sie sich erhofft, der Vorgang möge politischen Druck auf die EKZ ausüben und diese sich etwas schneller bewegen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 08. DEZEMBER 2022

GESCH.-NR. 2022-1291

BESCHLUSS-NR.

KILIAN MEIER, MITTE
ORDNUNGSANTRAG

Kilian Meier, Mitte, erachtet zum Ganzen die Frage als zentral, welche Rolle der Stadt bei dieser Thematik zuteilwerden soll.

Das monopolistische und bisweilen arrogante Verhalten der EKZ schaffe Wut, Ernüchterung und Unverständnis, wenn doch das Bedürfnis nach Quartierstrom hinlänglich ausgewiesen sei.

Ob die Stadt als Vermittlerin zwischen den verschiedenen Akteuren allenfalls etwas beitragen kann, scheint fraglich.

Kilian Meier stellt einen Ordnungsantrag zum Unterbruch der Sitzung, sodass sich die Fraktionen nochmals kurz zur Beratung zurückziehen können.

ABSTIMMUNG ORDNUNGSANTRAG MEIER
UNTERBRUCH DER SITZUNG

Mit grossem Mehr gibt das Stadtparlament dem Ordnungsantrag von Kilian Meier, Mitte, zum Unterbruch der Sitzung für eine Beratungspause der Fraktionen statt.

Der Parlamentspräsident unterbricht die Verhandlungen für 10 Minuten und nimmt sie danach wieder auf.

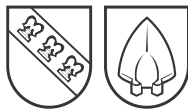
ANNINA ANNAHEIM, SP

Annina Annaheim, SP, widerspricht, dass sich ihr Vorstoss den nun im Fokus der Diskussion gestandenen Aspekten zur EKZ oder dem Quartierstrom widmet.

Ihr Ansinnen sei es, die Bevölkerung zur Teilhabe zu animieren. So, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner aktiv an der «Stromwende» beteiligen und einen Beitrag leisten können.

Die Stadt bzw. der Staat müssten dazu keinen Rappen investieren – sie müssten lediglich ihre Dachflächen zur Verfügung stellen. Private würden dann ihre Panels selber kaufen und damit Strom produzieren, den sie im eigenen Haus beziehen können.

Aus den Zahlen aus dem Jahr 2021 liesse sich ablesen, wonach erst 5.6 % der Dachflächen mit Photovoltaik-Elementen bestückt seien; das seien halt immer noch 94.4 % zu wenig. Stehenbleiben sei keine Option – weiterkommen die Devise!



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 08. DEZEMBER 2022

GESCH.-NR. 2022-1291

BESCHLUSS-NR.

SIMON BINDER, SVP

Simon Binder, SVP, weist auf die bestehenden Lieferengpässe von Photovoltaik-Panels hin, die allesamt in China produziert würden. Es mangle nicht an Dachflächen oder der Innovationskraft, sondern vielmehr an Fachkräften und Material. Momentan betrüge die Wartezeit zum Bezug von Solar-Paneelen rund ein halbes Jahr oder länger.

MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, weist darauf hin, dass sich nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner eigene Photovoltaik-Anlagen leisten oder solche schlichtweg auch nicht realisieren könnten, da sie eben Mieterinnen und Mieter und nicht Eigentümerinnen oder Eigentümer seien. Das Postulat verfolge sodann eben genau diese Möglichkeit. Im Übrigen würden sich der Stadt Möglichkeiten bieten, ihren solar-produzierten Strom Privaten zu verkaufen.

Das Postulat umfasse lediglich einen Prüfauftrag. Und genau dies möge der Stadtrat nun tun. Er solle in einem Bericht aufzeigen, welche Möglichkeiten heute bereits bestünden, ohne die Liberalisierung des Strommarktes abzuwarten.

ROLAND WETTSTEIN, SVP

Roland Wettstein, SVP, weist darauf hin, wonach heute bereits zwischen 50 und 100 Unternehmungen solche Dienste anbieten würden, wie sie das Postulat fordere. Somit sei der Vorstoss obsolet.

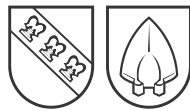
DAVID ZIMMERMANN, EVP

David Zimmermann, EVP, bestärkt aus eigener Erfahrung, was Parlamentskollege und Vorredner Simon Binder, SVP, in seinem Votum zuvor ausgeführt hat. Zimmermann habe vor zwei Monaten Solarpanels bestellt und noch nicht einmal eine Bestätigung seitens EKZ erhalten. Die Lieferengpässe seien eklatant; das unmittelbar Problem bestünde weniger in der Stromverteilung, sondern vielmehr an der Quelle: Bei der Produktion – von den mangelnden Fachkräften, die solche Anlagen montieren ganz zu schweigen.

Das Postulat sei gut gemeint – vorderhand gelte es aber, die Lieferketten und Montagekapazitäten zu erhöhen bzw. zu erhöhen.

MATTHIAS MÜLLER, MITTE

Matthias Müller, Mitte, meint, wonach die Stadt heute bereits sehr vieles von dem, was sie in ihrer eigenen Kompetenz bewegen könne, auch anstrengt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 08. DEZEMBER 2022

GESCH.-NR. 2022-1291

BESCHLUSS-NR.

Die Rolle der Stadt sei für Matthias Müller immer noch nicht klar; und in was der Prüfauftrag im letztendlichen Postulatsbericht münden könne, ebenso nicht. Die Möglichkeiten scheinen bekannt, Handlungsoptionen ergeben sich vernachlässigbar wenige.

Matthias Müller kann das Postulat nicht unterstützen.

STADTRÄTIN ROSMARIE QUADRANTI, MITTE
RESSORT HOCHBAU

Stadträtin Rosmarie Quadranti, Mitte, bestärkt, was Matthias Müller zuvor ausgeführt hatte. Der Stadtrat ist bestrebt, die Energiewende gemeinsam mit dem Stadtparlament und in vereinten Kräften zu bewerkstelligen. Die Stadt leiste mit zahlreichen Massnahmen einen grossen Beitrag, gehe allerdings mit Bedacht vor, und installiere beispielsweise Photovoltaik-Anlagen nur dort, wo es sich wirtschaftlich auch rechne.

Der im nun vorliegenden Postulat formulierte Prüfauftrag werden im Moment allerdings nichts Neues zu Tage fördern. Dennoch werde man gemeinsam anderweitig gute Lösungen finden.

Der Parlamentspräsident stellt nach entsprechender Anfrage fest, dass sich seitens des Plenums die Diskussion erschöpft hat und demnach kein Parlamentsmitglied das Wort mehr zu begehren wünscht. Folglich kann zur Beschlussfassung bzw. zur Frage der Postulatsüberweisung übergeleitet werden, vgl. Art. 42 Abs. 5 GeschO STAPA.

ABSTIMMUNG

DAS STADTPARLAMENT

BESCHLIESST:

1. Das Postulat von Annina Annaheim, und Mitunterzeichnenden, betreffend Erstellung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften/Flächen mit Partizipation von Einwohnenden an der Stromproduktion, wird dem Stadtrat nicht zur Beantwortung bzw. Berichterstattung überwiesen.
2. Das Geschäft ist erledigt und entfällt der Pendenzenliste.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 08. DEZEMBER 2022

GESCH.-NR. 2022-1291


BESCHLUSS-NR.

6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Präsidiales
 - b. Abteilung Präsidiales, Parlamentsdienst (Geschäftsakten)

Obgenannter Beschluss kam in der zur Dispositivziffer 1 durchgeführten Abstimmung mit einem Stimmenverhältnis von 22 : 13 Stimmen zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Stadtparlament Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 09.12.2022